Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus

Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege

Band: 74 (1980)

Heft: 6

Artikel: Kapitalismus und Demokratie in den USA : Klammersätze eines Schweizers ; Historische Voraussetzungen der amerikanischen Demokratie ; Privilegierung privater Macht als Verfassungsprinzip ; Vom anarchischen zum organisierten Kapitalismus ; Die "Entpolitis...

Autor: Berger, Roman

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-142841

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 16.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Und führe uns nicht in Versuchung!
Hilf uns die Versuchung der Resignation überwinden, wo andere sagen: Es nützt ja doch alles nichts.
Hilf uns die Resignation und die Faulheit überwinden, wo andere sagen: Da kann man doch nichts machen.
Führe uns nicht in diese Versuchung!
Sondern erlöse uns von dem Bösen.
Erlöse uns vom Geiste der Ausbeutung.
Vom Geiste des Stärkeren.
Erlöse uns vom Geiste der wirtschaftlichen Macht.
Vom Geiste der Gottlosigkeit.
Vom Geiste des Materialismus.
Ja, erlöse uns von dem Bösen!
Denn Dein ist das Reich und die Kraft und die Herrlichkeit.
Ja, laß uns vertrauen darauf, daß Dein Geist, der Geist des Teilens und der Solidarität stärker ist als alle wirtschaftliche Macht.
Laß uns vertrauen, daß Deine Macht größer ist als die Macht der Mächtigen dieser Erde.
Laß uns darauf vertrauen, daß Deine Herrlichkeit nicht nur unsichtbar ist und daß sie nicht erst am Ende kommt.
Komm, Herr, und sende uns jetzt auf den Weg zusammen mit den Armen, jeden Tag neu einen Schritt näher zu Dir, einen Schritt tiefer hinein in Dein Reich. Amen.

(Radiopredigt vom 16. März 1980)

ROMAN BERGER

Kapitalismus und Demokratie in den USA

Klammersätze eines Schweizers

In seinen 1970 erschienenen «Sätzen aus Amerika» schreibt Friedrich Dürrenmatt: «Ihrer Struktur nach verwickeln sich die Vereinigten Staaten in Widersprüche. So geht etwa der Staat gegen das Rauschgift vor, dessen Verbreitung er wiederum ermöglicht, indem er sich gegen die Mafia machtlos stellt und, um diese gespielte Hilflosigkeit zu vertuschen, die Schweizer Banken anklagt.» Und dann fügt Dürrenmatt in einem Klammersatz bei: «Was nicht heißen will, die schweizerischen Banken seien Tugendengel».

Dürrenmatts Klammersatz — daß die Schweizerbanken keine Tugendengel seien — beleuchtet ein permanentes Dilemma von Europäern, die über Amerika sprechen und schreiben. Sie schweigen über

Europa und wagen es selten, amerikanische Zustände mit denen Europas in eine Beziehung zu bringen. Ich will dieser Verdrängung nicht zum Opfer fallen und deswegen einige Klammersätze voranstellen.

— Bei den amerikanischen Präsidentschaftswahlen im Jahre 1976 beteiligten sich etwas mehr als die Hälfte der Stimmberechtigten. In der Schweiz sind im vergangenen Herbst bei den Parlamentswahlen erstmals weniger als die Hälfte der Stimmfähigen an die Urne gegangen.

— Die USA leiden zur Zeit unter einer Inflationsrate von zwanzig Prozent, einer Arbeitslosigkeit von offiziell sechs Prozent und haben gleichzeitig rund sechs Millionen sogenannte illegale Einwanderer im Lande. Kürzlich hat ein Wirtschaftswissenschafter in der «New York Times» amerikanischen Lesern vorgerechnet, daß die USA heute zehn Millionen Arbeitskräfte an die Grenze stellen müßten, wenn sie nach dem gleichen Rezept vorgehen würden wie die Schweiz, die nach 1973 die Probleme der Inflation und der Arbeitslosigkeit mit dem Export von Fremdarbeitern «gelöst» hat.

— Vor nun bald vier Jahren erfuhr ich, daß einige Aktivisten in Minneapolis wegen des Verkaufs von industriell hergestellter Säuglingsmilch in Gebieten der Dritten Welt, wo die Propagierung dieser künstlichen Ernährungsform mehr Schaden als Nutzen stiftet, gegen den größten Schweizer Konzern, Nestlé, einen Konsumentenboykott durchführen wollten. Wie naiv, so dachte ich damals, sich mit einem Multinationalen anzulegen, dessen Zentrale weit entfernt in einem fremden Land liegt, während sich der Schauplatz der Kontroverse in den Slums und Spitälern von Entwicklungsländern befindet. Heute ist Nestlé Ziel einer der größten Boykottbewegungen. Das kostet Nestlé auf seinem wichtigsten Markt wahrscheinlich Millionen und noch mehr an moralischem Kredit. Der Boykott hat im amerikanischen Parlament zu Hearings und zur Eingabe einer Gesetzesvorlage geführt.

Genug der Klammersätze!

Historische Voraussetzungen der amerikanischen Demokratie

Eine meiner ersten Reisen als Korrespondent in den USA führte mich nach Waterville im Neuenglandstaat Maine, in jene Region also, wo die amerikanische Demokratie begonnen hat. Die Reise war für eine Gruppe ausländischer Korrespondenten von der amerikanischen Regierung organisiert. Der Reiseleiter, ein ehemaliger Beamter des Auswärtigen Dienstes, hatte als erste Begegnung in diesem Städtchen ein Mittagessen mit dem «Chamber of Commerce» auf dem Programm. Der Präsident der Handelskammer, einer privaten Organisation von Geschäftsleuten, wie sie in jeder amerikanischen Gemeinde zu finden ist, war es dann, der uns dem Bürgermeister vorstellte. Daß bei einer von

der Regierung durchgeführten Reise für Ausländer die einflußreichste private Institution vor der wichtigsten öffentlichen Institution Vorrang hat, und nicht umgekehrt, ist mir aufgefallen. Als ich später einen mit Europa vertrauten amerikanischen Freund auf diese für europäische Augen verkehrte Rangordnung aufmerksam machte, meinte er schlagfertig: «Vielleicht wollte man Euch damit gerade zeigen, was Amerika ist.»

Aus den staunenden Reiseberichten des französischen Aristokraten Alexis de Tocqueville und des Engländers Charles Dickens erfährt man, wie diesen Besuchern aus Europa das Amerika des 18. Jahrhunderts durch die Abwesenheit europäischer Bedingungen in die Augen gestochen ist: territoriale Offenheit, für jeden erschwingliches Land, keine verbreitete Armut wie zur gleichen Zeit in Englands Industriestädten, kein Ueberhängen einer alten Ständegesellschaft, sieht man von den Plantagen und dem Sklavenproblem im amerikanischen Süden ab, und deshalb auch keine proletarische Gegenbewegung, die in Europa zur Bildung linker Parteien führte. Amerika wurde, wie es heißt, «in die Demokratie hineingeboren». «In den kritischen frühen Jahren konnte Demokratie gedeihen», so schreibt der amerikanische Politologe Dahl, «weil politische Gleichheit durch ein außerordentlich hohes Maß an sozialer und wirtschaftlicher Gleichheit geschützt war.» Die außerordentlich günstigen Ausgangsbedingungen machen es auch verständlich, daß die ersten Bürger dieses jungen Staates überzeugt waren, es bedürfe keines gesellschaftlichen Handelns mehr, um die Realität an die Norm heranzuführen. Die einzige Sorge richtete sich darauf, nicht mehr in europäische Zustände zurückzufallen, das heißt Opfer einer politischen Tyrannei zu werden. Das wollte man durch die Verfassung vermeiden.

Privilegierung privater Macht als Verfassungsprinzip

Mit der Unabhängigkeitserklärung war die Absage an das monarchische Europa vollzogen worden. Ein revolutionärer Akt! Die — zwanzig Jahre nach der Unabhängigkeit formulierte — Verfassung sorgte aber auch dafür, daß die außenpolitische Separation nicht in eine innenpolitische Revolution umschlage. Zur Absicherung der außenpolitischen Errungenschaft und zur Dämpfung der innenpolitischen Folgen dieser Revolution wurden starke Bremsen in die Verfassung eingebaut.

Neben die klassische Gewaltentrennung trat ein System von gegenseitigen Verschränkungen und Vetomöglichkeiten. Man sah vor, daß Veränderungen nicht einfach durch eine parlamentarische Mehrheit, sondern nur durch die Zustimmung möglichst aller Machtgruppen zustande kämen. Nach dem Prinzip des Minderheitenschutzes wollte man

möglichst gemeinsam zu Neuerungen gelangen. Dabei hatten die Verfassungsväter jedoch von Anfang an nicht den Schutz von schwachen ethnischen Minderheiten vor Augen, also das, was wir heute unter Minderheiten verstehen, sondern die Interessensicherung privilegierter Machtgruppen, denen sie selber angehörten. Wie geschickt sie dabei vorgingen, hat sich in den reformhemmenden Auswirkungen dieser Bremsen im Laufe der Geschichte immer wieder erwiesen.

Ein Beispiel: Obwohl in den fünfziger und sechziger Jahren eine wachsende Mehrheit der amerikanischen Bevölkerung für die Gleichberechtigung der Schwarzen eintrat, konnte eine Minderheit weißer Vertreter des alten Südens über Jahre hinweg die Bürgerrechtsgesetze blockieren. Und obwohl die Schwarzen heute die politische Gleichberechtigung erlangt haben, sind sie wirtschaftlich den Weißen noch lange nicht gleichgestellt. Das Durchschnittseinkommen der schwarzen Familien betrug 1969 61 Prozent und 1977 gar nur 57 Prozent desjenigen einer weißen Familie. Den Schwarzen wurde wohl erlaubt, während der Hochkonjunktur auf der Wachstumswelle mitzureiten und ihre Einkommen absolut zu erhöhen. Der Abstand zu den Weißen, rund vierzig Prozent, ist aber gleichgeblieben. Mit anderen Worten: Für eine wirtschaftliche Gleichstellung der Schwarzen (und der zahlreicheren armen Weißen) bedarf es nicht nur eines Gesetzes, sondern tiefgreifender Aenderungen in den Eigentumsstrukturen, die aber unter den gegenwärtigen Machtverhältnissen kaum verwirklicht werden können. Das unbewältigte Problem der Schwarzen und der Armut in den USA ganz allgemein zeigt den Konflikt zwischen demokratischem Versprechen und kapitalistischer Wirklichkeit deutlich auf. Ich werde später darauf zurückkommen.

Die spezifisch amerikanischen Verhältnisse: territoriale Offenheit, das Fehlen einer europäischen Ständegesellschaft, ein durch Rassenschranken und ethnische Barrieren aufgesplittertes Immigrationsproletariat, entfesselten den Kapitalismus in den USA von Anfang an weit mehr als in Europa, zumal der amerikanische Kapitalismus gleichzeitig einem sich selber hemmenden politischen System gegenüberstand. Aus Angst vor einer politischen Tyrannei hatte sich Amerika eine Verfassung gegeben, deren Kontrollsystem auf alle Störungen der Verfassungsordnung äußerst empfindlich reagierte und noch reagiert. Im Bereich der Wirtschaft und der umfassenderen Gesellschaftspolitik aber hofften die Amerikaner auf das Eingreifen der «unsichtbaren Hand Gottes» (Adam Smith), auf den sich selbst regulierenden Markt.

Vom anarchischen zum organisierten Kapitalismus

Diese Zweigleisigkeit, hier das schwach entwickelte, sich selber hemmende, dezentralisierte politische System, und dort der sich dynamisch,

bald einmal anarchisch entwickelnde Besitzindividualismus, versagte in der großen Wirtschaftskrise der dreißiger Jahre. Adam Smiths «unsichtbare Hand» war ausgeblieben. Massenarmut und Arbeitslosigkeit ließen sich durch keine individuellen Anstrengungen überwinden. Der Staat mußte erstmals in der Geschichte der USA die umfassende Verantwortung für das wirtschaftliche Schicksal der Amerikaner übernehmen. Wie tief dieser Eingriff das damalige Selbstverständnis der Wirtschaftselite traf, zeigten die Haßtiraden gegen Präsident Franklin D. Roosevelt, der als Systemveränderer und Kommunist verschrieen wurde. In heutigen Begriffen zielten Roosevelts Reformmaßnahmen im sogenannten «New Deal» aber nicht auf «Systemveränderung», sondern auf «Systemerhaltung».

Eine historische Fußnote von aktueller Bedeutung: Eine von Roosevelts Reformen betraf die Einsetzung einer «Börsen- und Wertpapier-Aufsichtskommission» (SEC), die nach dem Börsenkrach wilde Spekulationen unter Kontrolle bringen sollte. Erster Vorsitzender dieser Kommission wurde Joseph Kennedy, der selber durch Spekulation die materielle Grundlage für die Macht des Kennedy-Clans gelegt hatte. Heute fordert der letzte Sohn dieses Kennedys, Edward, Reformen, die Amerika aus einer Krise helfen sollen, die auch schon mit der Depression verglichen wird. Und wie seinerzeit Roosevelt wird Kennedy heute von vielen in Wallstreet als Gefahr für Amerikas Wirtschaftssystem empfunden. Seit dem «New Deal» hat sich am Entscheidungsprozeß in der amerikanischen Gesellschaft nichts Wesentliches geändert. Die Grundidee war, vom anarchischen Kapitalismus der Gummibarone, Eisenbahn- und Oelkönige zu einem organisierten, humaneren Kapitalismus zu gelangen. Der «New Deal» legte die Grundlage für einen Wohlfahrtsstaat, stärkte die Rechte der Arbeiter, vorab das Recht, einer Gewerkschaft beitreten zu können, und reduzierte die Autonomie der Unternehmer.

Dazu wurden Aufsichtsbehörden für wirtschaftliche Probleme eingesetzt, die mit marktwirtschaftlichen Methoden nicht lösbar schienen. Diese Wachhunde sollten den Wettbewerb wiederherstellen, wo er durch Monopole gefährdet war, Streitfälle schlichten und gegen Korruption vorgehen. Eine dieser Aufsichtsbehörden habe ich schon genannt: die SEC. Andere sollten das Kommunikationswesen, die zivile Luftfahrt, den Handel beaufsichtigen. Diese Regulierung erfolgte nun aber auf eine typisch amerikanische Weise und existiert meines Wissens in keinem anderen westlichen Staat.

Die «Entpolitisierung» organisierter Interessen

Die Aufsicht wird nicht dem Staat, sondern unabhängigen Aufsichtsbehörden übertragen, in der Hoffnung, eine von der Tagespolitik un-

getrübte Expertise könne gerechtere Lösungen im öffentlichen Interesse herbeiführen. Der Versuch, Entscheidungsgremien, die hochpolitische Funktionen ausführen, zu entpolitisieren, erweist sich aber als höchst problematisch.

Die Kommissionen sind dem einseitigen Druck der von ihnen beaufsichtigten Interessen ausgesetzt. Weil es neben den Kommissionen selber keine repräsentativen Vertreter der Oeffentlichkeit gibt, führt dieser einseitige Druck dazu, daß sich die Aufsichtsbehörden den zu kontrollierenden Wirtschaftsinteressen anpassen. Zudem stammen die Experten in diesen Behörden meistens aus jenen Wirtschaftszweigen, die sie kontrollieren sollten. Und oft wandern sie früher oder später wieder dorthin zurück (Revolving-door-Phänomen). Die verfassungsrechtlichen «balances» und «checks», die man im engen politischen Bereich als so wichtig empfindet, funktionieren hier nicht. Ein typisches Beispiel aus der jüngsten Zeit ist das problematische Verhalten der Aufsichtsbehörde für Nuklearenergie, das die Untersuchungen zur Beinah-Katastrophe in Harrisburg an den Tag gebracht haben. Die Interessen der Industrie wurden einseitig auf Kosten der Oeffentlichkeit wahrgenommen.

Ein anderes Beispiel ist die «Federal Trade Commission». Sie wurde schon 1914 gegründet und sollte unfaire Wettbewerbsmethoden verhindern und die Interessen der Konsumenten sowie der Konkurrenten vertreten. Vor dem Gebäude der FTC in Washington steht denn auch ein symbolträchtiges Denkmal, ein wildes Pferd, das von einem starken jungen Mann gehalten wird. Aber auch hier ist die Frage: Wer hält wen am Zügel? Die FTC hat 1 700 Beamte und ein Budget von 65 Millionen Dollar. Sie sollte damit aber die ganze amerikanische Wirtschaft überblicken und als einzige Regierungsstelle die Interessen der Konsumenten wahrnehmen. Nachdem die FTC unter einem aggressiveren Vorsitzenden in den letzten Jahren erstmals die Zügel etwas gestrafft hatte, begann das Pferd «amerikanische Wirtschaft» sich wild aufzubäumen. Als die FTC die «Beerdigungsindustrie» mit ihren oft abstoßenden Praktiken unter die Lupe nahm (die Beerdigung ist nach dem Kauf eines Hauses und eines Autos die drittgrößte Auslage im Leben eines Amerikaners), gelang es der «Beerdigungslobby», über den Kongreß die FTC wieder zurückzubinden. Aehnlich erfolgreich reagierten auch die Kinderspielzeugproduzenten, deren Reklame in den Kindersendungen am Fernsehen eingeschränkt werden sollte. Die FTC argumentierte, die Kinder könnten zwischen Reklame und Sendung nicht unterscheiden und seien solchen Einflüssen hilflos ausgeliefert. Die Industrielobby operierte mit der Zensurgefahr und der in der Verfassung garantierten Meinungs- und Pressefreiheit. Das Recht weniger Unternehmer auf ihre Reklame wurde im Kongreß höher eingeschätzt als der Schutz der Millionen von Kindern.

Erinnern wir uns an die Grundanliegen der Verfassung: Schutz von Individuen und Minderheiten vor einem mächtigen Staat. Erinnern wir uns aber auch, wie die amerikanische Gesellschaft ausgesehen hat, für die diese Verfassung geschrieben worden ist. Es gab damals zum Beispiel noch kein Fernsehen, durch das große und finanzkräftige Unternehmen für enormes Geld in jede Stube dringen konnten. Die amerikanische Umwelt hat sich radikal verändert, die Verfassung aber behandelt die amerikanische Gesellschaft immer noch wie das agrarisch-kleinbürgerliche Amerika des 18. Jahrhunderts. Die Verteidigung des Privateigentums des Kleinfarmers, den Thomas Jefferson als Säule der amerikanischen Demokratie bezeichnete, wurde unbesehen auf die modernen Riesenkorporationen übertragen. Daß General Motors die gleichen Rechte zu gewähren sind wie dem Individuum Mister X, beruht einerseits auf einer blinden Anbetung des Eigentums und andererseits auf einem Verkennen der neuen sozialen Einheiten des 20. Jahrhunderts mit ihren enormen gesellschaftlichen Konsequenzen.

Der ungebändigte Kapitalismus in den USA hat eine zerstörerische Wirkung hervorgebracht. Am eindrücklichsten ist sie wohl in den großen amerikanischen Städten zu beobachten, die nicht zu Unrecht mit ausgebombten deutschen Städten nach dem Zweiten Weltkrieg verglichen werden. Wie kraß stoßen etwa in New York oder in Cleveland extremer privater Reichtum und ebenso extreme öffentliche Armut aufeinander. Ich erinnere an die permanente Fiskalkrise in großen Städten, die gleichzeitig Zentren des Privatkapitalismus sind. Bei Besuchen in den Gemeindehäusern von Hartford, Cleveland oder Buffalo fühle ich mich jedesmal in eine Schreibstubenatmosphäre der dreißiger Jahre zurückversetzt. Einige Straßenzüge weiter findet man dann das «Chamber of Commerce», wo private Interessen mit großzügigen Mitteln eine Parallelregierung aufgebaut haben, die, weil besser ausgerüstet, oft das tatsächliche Machtzentrum bildet. Je weiter weg man von der Zentralregierung Washingtons kommt, desto deutlicher springt einem der Gegensatz zwischen der stark entwickelten privaten und der unterentwickelten öffentlichen Macht in die Augen. Viele Amerikaner begrüßen diese Diskrepanz als uramerikanische Errungenschaft und beklagen sich, daß sie immer mehr durch ein Ueberhandnehmen des Staates gestört werde.

Ich möchte auf dieses konservative Argument («Big Government») später zurückkommen und mich zuerst mit der liberalen Argumentation befassen, nach der Kapitalismus und Demokratie sich durchaus vertragen. Der amerikanische Liberalismus glaubt, politische Entscheidungen würden als wechselnde Kompromisse auf dem freien Markt

der einzelnen Gruppeninteressen ausgehandelt. Eine Konfrontation Demokratie—Kapitalismus gebe es nicht, weil die Privatwirtschaft nie als geschlossene Front auftrete. Es träten nur einzelne Interessengruppen in Erscheinung, die um ihre eigenen, oft sehr engen Sonderinteressen kämpften, sonst aber nicht in den politischen Entscheidungskampf eingriffen.

Die Schuld der Individuen und die Unschuld des Systems

Tatsächlich sieht man in der amerikanischen Geschichte diese Interessengruppen ständig am Werk: die Eisenbahngesellschaften, die Oelgesellschaften, die Manufactur-Industrie und heute wieder die Oellobby oder das Agrobusiness. Ihnen gelingt es immer wieder, den demokratischen Entscheidungsprozeß zu unterhöhlen. «Kein anderes Thema zieht sich so konstant durch die amerikanische Geschichte», schreibt Grant McConnell in seinem klassischen Werk «Private Power and American Democracy».

Jedesmal, wenn ein solcher Skandal an die Oeffentlichkeit kommt, gibt es Schlagzeilen und wird mit Ueberraschung und Abscheu reagiert. Ich glaube, mit größerer Ueberraschung und Abscheu als in Europa, gerade weil die Ueberzeugung der Amerikaner so verwurzelt ist, daß alle gleich geboren seien und daß es zu solchen Verfehlungen nicht kommen dürfe. Es werden Untersuchungen durchgeführt, die wahrscheinlich härter und offener sind als in unseren Breitengraden. Das «Wallstreet Journal», das wichtige Sprachrohr des amerikanischen Kapitalismus, ist vor einigen Jahren für seine Berichterstattung über die Bestechungsaffären von Multinationalen mit einem Preis ausgezeichnet worden. Das gleiche Blatt hat mit seiner Berichterstattung über Harrisburg geglänzt. Auch der Kongreß reagiert. Es finden Hearings statt, wie zum Beispiel in der Nestlé-Kontroverse. Und prominente Persönlichkeiten wie der verstorbene Präsident der Fordstiftung beklagen sich über das Verhalten von Firmen wie Nestlé, die, wie er sagte, «dem Kapitalismus einen schlechten Namen geben».

Skandale enden immer, indem man sie auf die mangelnde Moral von Individuen reduziert, die dann bestraft oder die mit «besseren Menschen» ersetzt werden. Vielleicht hängt dieser Drang, nie ein Versagen des Systems, sondern immer nur die Schuld von Individuen zu sehen, auch mit der Tendenz zusammen, hinter allem und jedem eine «Verschwörung» zu vermuten. Ein interessantes Beispiel bietet die «Trilaterale Kommission». Sie ist eine internationale Studienkommission von führenden Banken, Wirtschaftskapitänen und ihnen nahestehenden Gewerkschaftern und Wissenschaftern aus den USA, Japan und Europa. Von links wie von rechts ist nun die Tatsache, daß die

«Trilaterale Kommission» ein gutes Dutzend ehemaliger Mitglieder in der Regierung Carter (der Präsident inklusive) sitzen hat, als Werk einer dunklen Verschwörung bezeichnet worden. In Wirklichkeit aber zeigt gerade dieses Beispiel, wie das System funktioniert und wer Zugang zur Macht hat.

Demokratiefeindlicher Kapitalismus

Wer hat wieviel Zugang zur Macht? Auf diese Frage hat Charles E. Lindblom, Professor an der Yale Universität, in seinem Buch «Politics and Markets» so provozierende Feststellungen gemacht, daß ihm völlig ungewöhnlich das «Wallstreet Journal» in einem Leitartikel und Mobil Oil in einem Inserat geantwortet haben. Lindblom galt bis vor kurzem als prominenter Verfechter des Kapitalismus als eines pluralistischen Systems, an dem er heute aber ernste Zweifel anmeldet: Die ungehemmte Entwicklung des Kapitalismus, der immer weniger Riesenkonzerne immer größer werden läßt, hat «Big Business» auf dem wirtschaftlichen und politischen Markt eine privilegierte Stellung verschafft. Die Entscheidungen in den Riesenunternehmen der Privatwirtschaft werden privat gefällt, haben aber in der Beschäftigung, im Konsum und in der technologischen Entwicklung öffentliche Konsequenzen. Diese unbestreitbare Machtstellung vermittelt den Großkonzernen einen privilegierten Zugang zur Regierung und damit übermäßigen Einfluß auf den politischen Entscheidungsprozeß.

Lindblom stellt aber auch fest, wie diese neuen Machtgebilde, die vollkommen außerhalb jeder demokratischen Kontrolle stehen, mit ihren Wertvorstellungen immer mehr die Regierung und die Gesellschaft durchdringen. In den USA wird beispielsweise das Urteil über die «unvernünftigen Lohnforderungen der Gewerkschaften» allgemein akzeptiert. Warum aber ist in den letzten zwanzig Jahren des Ueberflusses trotz den «unvernünftigen Forderungen der Gewerkschaften» die Einkommensverteilung praktisch gleich geblieben? Oder wie erklärt man sich, daß Skandälchen im Wohlfahrtswesen, wenn etwa eine «Wohlfahrtsmutter» sich ein mehrfaches an öffentlicher Unterstützung erschleichen kann, immer wieder Schlagzeilen machen, aber die Tatsache, daß die Einkommenspyramide den fünf Prozent an der Spitze soviel zuteilt wie den vierzig Prozent am unteren Ende, überhaupt nie zur Diskussion gestellt wird?

Die Annahme der Pluralisten, daß sich gegenseitig konkurrierende Interessengruppen auf dem politischen Markt gegenüberstehen und der Staat als Schiedsrichter wirke, wird auch durch die wachsende Verflechtung von Staat und Privatwirtschaft in Frage gestellt. Der Staat hat in den USA schon früh seine Autorität de facto privaten Interessen

überlassen. Dies gilt im Bereich der Energie, der Forschung und Bildung, des Transportwesens, der Rüstung und Raumfahrt. Staat und Privatwirtschaft sind über zahlreiche Institutionen wie die «Business Councils» und Beratungsgremien, über Manager, die regelmäßig als unbezahlte Beamte in der Regierung weilen, aufs engste verflochten. Zweifellos hat es in den letzten Jahrzehnten einen starken Trend gegeben, die Macht von Business zugunsten von vermehrter Regierungsautorität einzuschränken. Parallel dazu aber verläuft der Trend, die Regierung als Instrument von Privatinteressen zu gebrauchen.

Die demokratische Ueberforderung des Kapitalismus

Wenn Staat und Privatwirtschaft tatsächlich als unabhängige Systeme wirken würden, müßte es zu viel mehr und vor allem zu grundsätzlicheren Konflikten kommen. Staat und Privatwirtschaft verhalten sich heute stattdessen wie im Mittelalter Papst und Kaiser in einer dualen Führung des gleichen Systems. Gewerkschaften und Konsumentenorganisationen bilden ein viel zu kleines Gegengewicht, als daß sie wirklich die Funktion von «check and balance» ausüben könnten. Die Gewerkschaften standen in den USA bis zum «New Deal» einer geschlossenen Front von Exekutive, Legislative und Judikative gegenüber. Auch heute sind die Gewerkschaften, die ja den Kapitalismus im Unterschied zu den europäischen Gewerkschaften nie in Frage gestellt haben, viel strengeren gesetzlichen Kontrollen unterworfen als die Kapitalseite. Die Gewerkschaften sind zudem in vielen Staaten der USA noch nicht einmal als Vertragspartner anerkannt. Ein Streik kann von Gesetzes wegen verboten werden, während das Kapital weiterhin ungestraft streiken darf, wenn beispielsweise Unternehmen über Nacht in die Südstaaten oder in Länder der Dritten Welt mit unternehmerfreundlicherem Klima dislozieren und damit Gemeinden und ganze Regionen ihrer materiellen Grundlagen berauben.

Der kapitalistische Markt hat sich heute so weit entwickelt, daß er allein nicht mehr überleben kann. Er muß ständig mit Steuervergünstigungen und Investitionsanreizen motiviert werden, und wenn es ganz schlecht geht, wie beispielsweise in der Autoindustrie, muß der Staat als Retter in der Not zu Hilfe kommen. Die Haltung der konservativen Kritiker, den Grund allen Uebels bei «Big Government» zu sehen, wirkt auf diesem Hintergrund nicht mehr glaubwürdig. Seit den Reformen der dreißiger Jahre hat man die Regierung mit immer neuen Aufgaben überbürden müssen, weil der kapitalistische Markt wichtige Grundbedürfnisse der Gesellschaft nicht befriedigen und sich selber nicht kontrollieren konnte. Lindblom glaubt, daß ein Funktionieren des Kapitalismus eine privilegierte Stellung der Privatwirtschaft

voraussetzt. Oder mit anderen Worten: Ein demokratisches System, in dem beide Lager, Kapital und Arbeit, wirklich gleiche Hebel zur Verfügung hätten, würde den Kapitalismus überfordern.

Der Kapitalismus unterhöhlt den demokratischen Prozeß und den Wählerwillen. Darüber hinaus wird auch noch der Wahlprozeß selber pervertiert, und zwar in dem Maße, als die Wahlen vermarktet und den Spielregeln des Kapitalismus unterworfen werden: Werbetechniker, die während drei Jahren für Autos oder Oelfirmen werben, verkaufen jedes vierte Jahr Kandidaten. Geld entscheidet zwar nicht alles. Die enormen Kosten, welche die Vermarktung der Politik mit sich bringt und die eine eigentliche Wahltechnologie entstehen ließen, machen jedoch den Kandidaten trotz Gesetzen zur Wahlfinanzierung von starken Finanzkräften abhängig.

Das System funktioniert

Amerikas Credo der Nachkriegszeit beruhte auf Wachstum und Ueberfluß zu Hause und auf Vormachtstellung in der Welt. In den siebziger Jahren ist es offensichtlich geworden, daß die USA weder das eine noch das andere aufrechterhalten können. Die militärischen und wirtschaftlichen Rückschläge im vergangenen Jahrzehnt haben die USA in eine ideologische Krise gestürzt. Unter Präsident Carter ist diese Krise noch deutlicher zum Vorschein gekommen. Carter glaubte, nach Vietnam und Watergate als unbefleckter Außenseiter Amerika wieder in die guten alten Bahnen lenken zu können. (Und das versprechen auch vier Jahre später wieder alle Präsidentschaftsbewerber.) Stattdessen sind die USA in eine noch tiefere Krise gesunken. Vietnam und Watergate waren zwar Krisen enormer Größe, sie hatten aber die ihnen zugrundeliegenden Ursachen verdeckt. Heute, mit einem schwachen Präsidenten, der keinen blendenden Zauberkünstler Henry Kissinger zur Verfügung hat, und in Abwesenheit einer großen überragenden Krise (trotz Iran und Afghanistan) muß sich Amerika viel mehr mit sich selber beschäftigen.

Für die nun plötzlich so massiv auftretenden Probleme, Inflation von bald zwanzig Prozent zu Hause und Amerikas Hilflosigkeit nach außen, macht man Carter persönlich verantwortlich: Er sei zwar ein guter Kerl, aber es fehle ihm an «leadership». Carter selbst spricht von einem «Malaise» im amerikanischen Volk und beschuldigt mächtige Interessengruppen, für das Versagen seiner Energiepolitik zum Beispiel die Oellobby. Auf die Oellobby schimpfen, aber meinte kürzlich ein Abgeordneter, sei etwa das gleiche, wie wenn man sich beklage, daß Löwen Gazellen reißen. Die Löwen tun nur das, was ihnen das System erlaubt. Was sich heute in Amerika mit dem Ueberhandnehmen

der starken Einzelinteressen abspielt, zeigt lediglich, daß das System funktioniert. Ich erinnere an die in der Verfassung verankerte Privilegierung der Einzelinteressen.

Amerika hatte nie eine Geburtsaristokratie, ist heute aber sicher mit einer Geld- und Wirtschaftsaristokratie konfrontiert, vor der schon Thomas Jefferson Angst hatte, als er einmal meinte, Amerika habe alle zwanzig Jahre eine Revolution nötig. Amerika versuchte der Gefahr einer politischen Tyrannei zu entgehen. Die Sorge, den politischen Arm nicht zu stark werden zu lassen, hat jedoch der Tyrannei des Besitzes freie Hand gegeben.

Die Widersprüche zwischen Demokratie und Kapitalismus im amerikanischen System treten heute deutlicher hervor, weil man nicht mehr wie zur Zeit der Hochkonjunktur ein wachsendes Sozialprodukt zu gleich bleibenden Raten verteilen kann. Die Ressourcen sind knapper, das Wachstum kleiner geworden. Und gleichzeitig müssen enorme Mittel aufgewendet werden für vergangene Fehler, die früher nicht ins Gewicht fielen, als man den Kontinent Amerika einfach mit Menschen und Produktionsmitteln auffüllen konnte. Ich denke hier an den Umweltschutz. Bei weniger oder gar ausbleibendem Wachstum einerseits und wachsenden Kosten andererseits müßte der Staat heute massiv umverteilen, wenn die demokratischen Versprechen der sechziger Jahre an die Schwarzen und die armen Weißen aufrechterhalten würden. Das aber läßt das System nicht zu.

Die USA, wie auch andere westliche Industrienationen, stehen vor dem Dilemma, zwischen Demokratie und Kapitalismus wählen zu müssen.

Unregierbarkeit der Demokratie oder des Kapitalismus?

Ich möchte zum Schluß aus einer der prominentesten Analysen zitieren, die in den letzten Jahren zum Thema «Kapitalismus und Demokratie» Stellung bezogen haben. In der bekannten Studie der «Trilateralen Kommission» über «Governability of Democracy» wird die «Regierbarkeit der Demokratie» und nicht etwa die Regierbarkeit des Kapitalismus in Frage gestellt: «In den letzten Jahren hat das Funktionieren der Demokratie allem Anschein nach den Zusammenbruch der herkömmlichen sozialen Kontrolle und einen Legitimitätsverlust der politischen und aller anderen Autoritäten bewirkt.»

Weiter heißt es in der Studie: «Das wirksame Funktionieren des demokratischen politischen Systems erfordert gewöhnlich ein gewisses Maß der Apathie und der Nicht-Teilhabe gewisser Einzelner und Gruppen.» Dabei wird hier nicht bloß an die Apathie kleiner Randgruppen gedacht. «In der Vergangenheit gab es in jeder demokratischen

Gesellschaft eine kleinere oder größere Randbevölkerung, die nicht aktiv am politischen Geschehen beteiligt war. Diese Marginalisierung bestimmter Gruppen ist als solche zwar in sich antidemokratisch, aber sie war auch einer der Faktoren, die das effektive Funktionieren der Demokratie ermöglichten.» Als größtes Risiko für die Demokratie gilt nicht irgendein Extremismus, sondern «die innere Dynamik der Demokratie selbst in einer Gesellschaft, die geschult, stark mobilisiert und weitgehend am politischen System beteiligt ist».

Hier wird also mit einer entlarvenden Ehrlichkeit zugegeben: wenn Demokratie und Kapitalismus in Konflikt kommen und sich immer mehr als reale Alternativen gegenüberstehen, dann muß die Demokratie daran glauben. Es herrsche ein «Exzess an Demokratie», der wieder rückgängig gemacht werden müsse. Die mündige, informierte Mehrheit wird als der wahre Feind dargestellt. Die Studie schlägt denn auch vor, Informationen, die den herrschenden Interessen in die Quere kommen könnten, zu vereiteln. Man müsse «der Regierung das Recht und die Möglichkeit sichern, die Information an der Quelle zurückzuhalten» (zitiert aus: Richard Bäumlin, Lebendige oder gebändigte Demokratie?, Basel 1978, S. 33).

Schlußbemerkung für linke Europäer

Was hier über Amerika ausgeführt wurde, könnte in gleicher Form oder vielleicht noch gar verschärft auch von unserem Land gesagt werden. Ich möchte deshalb nochmals mit einem Klammersatz, das heißt einem Wort der Kritik, aber auch der Aufmunterung enden: Die Linke in Europa, so ist mir aus der Distanz aufgefallen, hat Amerika abgeschrieben. Nachdem die Revolution der Blumenkinder nicht eingetroffen und die Antikriegsbewegung von der Bühne verschwunden war, hat man sich von Amerika abgewandt. Man befaßt sich mit Chile, Portugal, Nicaragua, vielleicht mit Iran. Aber sind das nicht Folgekrisen von gleichbleibenden Ursachen? Das konstante Beobachten der Ursachen, eben unter anderem in den USA, wird von der europäischen Linken vernachlässigt und anderen überlassen. Amerika ist nicht interessant, weil es hier keine linke Arbeiterbewegung gibt. Aber gerade bei einer näheren Betrachtung würde man auch in den USA auf zahlreiche Verbündete stoßen. Jeder, der sich intensiv mit Umweltschutz, Energieproblemen, Konsumentenschutz oder internationalen Banken (Stichwort «Bankeninitiative») befaßt, wird feststellen, welch enorme Informationsmöglichkeiten hier vorhanden sind. Auch der Nestlé-Boykott und das gesellschaftliche Engagement der Kirchen müßten uns zu denken geben. Sie zeigen das noch lange nicht ausgeschöpfte demokratische Potential der amerikanischen Gesellschaft auf.